

91. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 03. September 2015

Top 4: Mehr Pflegepersonal für eine menschliche Versorgung und Patientensicherheit

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/9586 – Neudruck

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Heute haben wir den Aktionstag „Pflege am Boden“ draußen erlebt. Ich denke, dass die Piraten deshalb diesen vorliegenden Antrag stellen. Ich bin nur gespannt, ob Sie zum Beispiel Ihre Forderungen bei den Investitionsmitteln auch mit konkreten und realistisch gegenfinanzierten Anträgen in den Haushaltsberatungen untermauern. Natürlich sind die Situation des Pflegepersonals und die Finanzierung unserer Krankenhäuser ernsthafte Probleme, über die zu debattieren sich wirklich lohnt.

(Beifall von der FDP)

Über 100.000 Pflegekräfte in den 364 nordrheinwestfälischen Krankenhäusern leisten eine wirklich wertvolle Arbeit; ohne sie wäre die Versorgung der Patientinnen und Patienten nicht denkbar.

Liebe Piraten, Sie brauchen mir wirklich nichts über die Anforderungen und Arbeitsbelastungen zu erzählen, da einer meiner Berufsabschlüsse „Staatlich examinierte Krankenschwester“ lautet. Herr Ünal, dann kennt man die Krankenhäuser, ich glaube, nicht von Aufsichtsratsstätigkeiten und Beiratssitzungen. Die Krankenhäuser kennen Sie, wenn Sie ein paar Jahre in der Pflege gearbeitet haben. Das möchte ich Ihnen einmal mitgeben.

(Beifall von der FDP)

In der Tat hat der Kostendruck durch externe Faktoren wie Tarifabschlüsse oder die Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinien bei den Ärztlichen Diensten dazu geführt, dass gerade die pflegerische Versorgung von Rationalisierung betroffen ist. So können die Steigerungen der Basisfallwerte den Anstieg bei den Personalkosten nicht mehr ausgleichen. Gerade aus diesem Grund sind Ausgleichsfaktoren wie zum Beispiel der Versorgungszuschlag eingeführt worden, die jetzt infrage gestellt werden. Zudem führt die unzureichende Ausstattung mit Investitionsmitteln dazu, dass die Kliniken – wir haben es gehört – zunehmend Investitionen aus den Erlösen der Krankenversorgung finanzieren und damit noch weniger Mittel für Personal zur Verfügung stehen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass in den Krankenhäusern die Zahl der Beschäftigten in der Pflege trotz zwischenzeitlicher Sonderprogramme nicht angestiegen ist.

Aktuell gefährdet aber vor allem das Krankenhausstrukturgesetz der schwarz-roten Bundesregierung unsere Krankenhäuser. Wenn dieses Gesetz wie eingebracht verabschiedet wird, dann droht mittelfristig eine massive Schließungswelle bei den Kliniken in Nordrhein-Westfalen. Zwar wird vorgegeben, für mehr Qualität an Krankenhäusern zu sorgen und den Pflegekräftemangel bekämpfen zu wollen, dabei werden aber in der Realität den Kliniken massiv Mittel weggenommen. So soll der bereits erwähnte Versorgungszuschlag gestrichen werden, zudem gehen die Neuregelungen bei den Mengensteuerungen zulasten der Kliniken, auch werden die Kostensteigerungen bei den Notfallambulanzen nicht berücksichtigt. Insgesamt drohen Mindereinnahmen, die die vorgesehenen zusätzlichen Mittel des Pflegestellenförderprogramms deutlich übersteigen würden.

So lassen sich keine Verbesserungen beim Pflegepersonal erreichen. So wird letztlich durch den Kostendruck das Krankenhausstrukturgesetz zu einem Krankenhausschließungsgesetz. Da reicht es nicht, wie die Piraten oder Prof. Lauterbach es tun, nur eine Anhebung des Pflegestellenförderprogramms zu fordern. Vielmehr ist zu verhindern, dass durch die genannten Instrumente den Kliniken so viele Mittel entzogen werden, dass die Krankenhäuser und ihre Träger komplett überfordert werden. Hier erwarte ich in den weiteren Gesetzesberatungen einen verstärkten Einsatz unserer Landesregierung und der Ministerin.

(Beifall von der FDP)

Und auch in einer weiteren wichtigen Frage ist das Land gefordert: In dem System der dualen Krankenhausfinanzierung sind die Investitionsfördermittel des Landes unverzichtbar, um eine qualitativ hochwertige Versorgung aufrechtzuerhalten und weiterentwickeln zu können. Der Bedarf liegt nach Expertenmeinung – Herr Ünal, bitte noch einmal zuhören – nicht bei 1,2 Millionen €, sondern bei 1,2 Milliarden €. Bei den drei Nullen muss man aufpassen. Tatsächlich beträgt der Haushaltsansatz aber nur rund 500 Millionen €. Insofern ist die Forderung nach einer Verdoppelung der Mittel nachvollziehbar. Angesichts der Schuldenpolitik der rot-grünen Landesregierung und der aktuellen Haushaltslage ist nicht absehbar, wie diese realistisch umzusetzen ist. Da würde die FDP-Fraktion schon schrittweise Erhöhungen bei der Investitionskostenförderung begrüßen.

Der vorliegende Antrag greift zwar wichtige Probleme auf, aber gerade bei der Diskussion um das Krankenhausstrukturgesetz und seine Umsetzung springt er zu kurz. Wir werden auch die Landesregierung bei der Investitionsförderung und beim Strukturfonds nicht aus der Verantwortung lassen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss und danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Steffens. Bitte schön, Frau Ministerin.